

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Werktag. Regelmäßige Beilagen: „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnkade“. Bezugspreis: Bei den Verkäuferten vierteljährlich Mk. 2.40 hin u. tritt noch das Postgeld; bei den Abonnenten monatlich 65 Pfg. einschließlich Trägerlohn. Anzeigen: Grundzeile 25 Pfg., totale 20 Pfg., Anzeigen von auswärtig werden durch Postnachnahme erhoben. Erfüllungsort Friedberg. Schriftleitung und Verlag Friedberg (Hessen), Hannoversche 12. Fernsprecher 48. Bankguth. Conto Nr. 4859. Amt Frankfurt a. M.

Die Rede des Reichskanzlers.

Graf Czernin verzichtet auf alles und jedes! — 18000 Tonnen versenkt. — Straßenkämpfe in Lyon!

Der deutsche Generalstab meldet:

W. E. G. Großes Hauptquartier, den 24. Januar. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Nege Etüdenstätigkeit unserer Infanterie brachte an diesen Stellen der Front Gefangene ein. An der Bahn Bozenghe-Strassen wurden 6 Maschinengewehre erbeutet.

Nichts Neues.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische Front.

In einzelnen Abschnitten Artillerietätigkeit. Südwestlich dem Doiran-See scheiterte ein englischer Vorstoß.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 24. Jan. (AB.) Amtlich. (WB. Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Generalstab meldet:

Wien, 24. Jan. (WB.) Amtlich wird verlautbart: Die Lage ist unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

18000 Tonnen versenkt.

Berlin, 23. Jan. (WB. Amtlich.) 18000 Bruttoregistertonnen. Die Restgüter der Schiffe, die bei beladen waren, wurde im Vermittlungsamt trotz starker feindlicher Abwehrmaßnahmen jeder Art zerstört. Einem der vernichteten Schiffe, das im östlichen Vermittlungsamt aus einem durch zahlreiche Seestreitkräfte gestützten Geleitzug herausgeschossen wurde, war allem Anschein nach ein Transporthaus mit Kriegsmaterial.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Das Seestreifen bei den Dardanellen.

Haag, 24. Jan. Reuter meldet aus London: Im Unterhaus teilte Mac Namara mit, daß bei dem letzten feindlichen Vorstoß im östlichen Mittelmeer 484 Mann auf einem Dampfschiff und 224 auf einem andern ums Leben gekommen sind.

Straßenkämpfe in Südfrankreich.

(WB.) Am 19. Januar sind in Eyon und Saint Etienne gleichzeitig revolutionäre Aufstände ausgebrochen. Sie hatten ihren Ursprung in Arbeiterunruhen, nahmen aber bald einen politischen Charakter an. Die Streikenden zogen durch die Straßen und verlangten Frieden. In Eyon kam es letzten Donnerstag zu blutigen Zusammenstößen vor dem Rathaus, wo die Bevölkerung die Streikenden belagert hielt. Sie verlangte von ihnen billige Lebensmittel.

In Etienne (Departement de l'Hiere) waren die Ausschreitungen noch einfacher Natur. Die Bevölkerung plünderte die Läden und vertrieß den Willen von Großindustriellen. Obwohl man den Streikenden Lohnaufbesserung versprach, waren sie nicht damit zufrieden und verließen im Ausstand. Am Freitag kam es zu heftigen Barrikadenkämpfen. Der Ernst der Lage läßt sich daraus erkennen, daß jeder zweite Polter der Grenzgarbarmerie der Schweizer Grenze aufgebunden wurde und nach den Zentren der Unruhen transportiert worden ist. Von der Genfer Grenze sind allein 50 französische Gendarmen nach Eyon entsandt worden.

Ausdehnung des Caillaux-Skandales.

Der „Matin“ erzählt, im Zusammenhang mit dem Fall Caillaux stehe in Italien eine Verhaftung bevor, die außerordentliches Aufsehen machen werde. Die Untersuchung in Paris bringt der Regierung und ihrem Anwalt in der Presse neue Unannehmlichkeiten. Zunächst enthält die Zeitung „Le Matin“, daß ein Teil der Siegel der von Italien durch Geheimbeamte nach Paris gebrachten Florentiner Dokumente „verbrochen

war, als sie in Gegenwart Caillaux und seiner Verteidiger geöffnet werden sollten. Aus dem Aktenbündel waren wichtige Schriftstücke verschwunden, unter anderem ein Dokument von der Hand des Präsidenten Poincare. Die Verletzung der Siegel und das Verschwinden dieser Schriftstücke wurde zu Protokoll genommen. Was vom Inhalt des angeblichen Staatssekretärs Caillaux bekennt wird, ist nicht geeignet, den französischen Kriegsbehörden viel Freude zu machen. Es stellt sich vor allem heraus, daß die Behauptung, Caillaux habe sich während des Krieges zum Diktator machen, Poincare, Briand und andere verhaften und Paris durch kaiserliche Regimenter besetzen lassen wollen, nur Phantasien waren.

Italiens Furcht vor einem Zusammenbruch.

Italien steht vor der schwersten Lebensmittellage, die es seit Kriegsausbruch durchgemacht hat. Die Vorräte sind derart zusammengefallen, daß vom Durchhalten bis zur nächsten Ernte nicht geredet werden kann, wenn die Zufuhren nicht sichtbar zunehmen. Der Kohlenmangel droht einen großen Teil der Kriegswerte in absehbarer Zeit stillzulegen. Der „Corriere della Sera“ hat mit einer Aufzählung begonnen, in der er den Ernst der Lage schildert und die Verhältnisse an ihre Pflichten mahnt, Italien mit dem Notwendigen zu versehen. Der Zusammenbruch Italiens würde auch den Zusammenbruch Frankreichs und Englands bedeuten. Orlando und Sonnino dürften keinen Augenblick zögern, in Paris und London dringend vorzulegen zu werden. Das Blatt verweist auf den U-Bootkrieg im Mittelmeer, der die Versorgung Italiens erschwere, während der Feind von den Alpen bis zum Po einen neuen Versuch vorbereite. Daß es sich nicht bloß um leere Mutmaßungen und schwarzweiße Annahmen des Mailänder Blattes handelt, zeigen die vielen Ministerberatungen der letzten Tage, besonders die Besprechungen Orlando mit dem Minister des Krieges, dem Marineminister und dem Leiter des Versorgungswesens, sowie endlich auch die Pariser Reise Orlando.

Wachende Erkenntnis in Italien.

Genf, 23. Jan. Bezeichnenderweise erlaubt sich die einflussreiche Turiner „Stampa“, Wilson und Lloyd George zu Gemüts zu führen, daß sie sich in Widerspruch zu ihren früheren Entschlüssen gestellt haben und daß die Drohung mit dem Wirtschaftskrieg nach dem Krieg unsinnig sei. Das Blatt wagt sogar daran zu erinnern, daß Deutschland Italiens bester Kunde gewesen sei. Auf die Engländer sind die Italiener überhaupt sehr schädel zu sprechen, während sie für Frankreich immer noch Zuneigung empfinden. Die große Masse schreit und schimpft mit gleicher Stärke auf die eigene Regierung, auf die Deutschen und die Engländer und führt sich den Dornen um die langatmigen Verhandlungen der Kammer auf Monte Citorio.

Vor den Bäckertüren bewegen sich Prozessionen fluchender und wehender Weiber. Man hat viel zu lange an dem Vollen gewirtschaftet und schreit jetzt, wo die Vorräte spärlich eingeleitet werden müssen, die Schuld auf den Verpflegungsmittel-Conepo, der nicht zu rechnen verstanden habe. Die sozialistischen Stadtverwaltungen haben vollständig verlor.

Ein alter Kenner des italienischen Volkscharakters verfiel dieser Lage einem neutralen Gewährsmann, daß bei der Lebensmittellage mit geradezu anarchischen Zuständen auf der Apenninen-Halbinsel zu rechnen sei.

Russisch-rumänische Schlacht.

Russen saßen Schak bei den Deutschen.

Berlin, 24. Jan. Wieder die Lage an der rumänischen Front erfahren wir, daß die Kämpfe zwischen Russen und Rumänen bei Galatz größeren Umfang angenommen haben. Nach dem für die Russen unglücklichen Ausgang traten 3200 Russen mit 22 Geschützen, 57 Munitionswagen, 53 konfiskierten Wägen, 360 anderen Fahrzeugen und 1200 Pferden auf unser Gebiet über. Auch nach Besarabien wurden rumänische Truppen entsandt. Die Regierung der selbständigen befreundeten Republik hat sich, da sie kein eigenes Heer hat, an die Rumänen um Hilfe gewandt. Die Rumänen wollen nach neutralen Meldungen die Hand auf Besarabien legen. Schweizer Grenz, 24. Jan. Der „Dien“ berichtet aus Odessa, daß der dortige Sowjet die Jurisdiktion Rumänischer im Hafen von Odessa liegenden rumänischen Schiffe anordnete. Hierbei handelt es sich um 16 Fahrzeuge, darunter zwei Torpedobote und Kanonenboote. Zwei rumänischen Fahrzeuge gelang es, rechtzeitig zu entkommen. Die „Neue

Bürz. Jg.“ meldet von der finnischen Grenze: Die Verwirrung im moldauischen Meer hat ihren Höhepunkt erreicht, nachdem die bolschewistischen Truppen einen regelrechten Feldzug gegen die rumänischen Kriegslager eröffnet und sämtliche Munitionslager planmäßig vernichtet haben. Noch vor wenigen Tagen wurde ein Anschlag gegen das Munitionslager des rumänischen Heeres in Jassi verübt. Eine furchtbare Explosion, wobei Kriegsvorräte und Munition im Werte von 34 Millionen Rubel vernichtet wurden, ereignete sich dabei.

Die Rede des Reichskanzlers.

Berlin, 24. Jan. (WB. Nichtamtlich.) In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages führte Reichskanzler Dr. Graf von Hertling folgendes aus:

Meine Herren!

Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuss zu sprechen — es war am 3. Januar —, standen wir, so schien es, vor einem in Brest-Litowsk eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten können. Die Tatsachen haben dem Recht gegeben. Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter, aber sie sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Man muß konstatieren, daß der Zustand der Verhandlungen, ob es der russischen Delegation erst sei mit den Friedensverhandlungen, und überhaupt, daß die durch die Welt gehen mit höchst seltsamem Inhalt, Warten diese Zweifel bestätigen. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.

Günstig stehen unsere Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zum Abschluß zu kommen, der im beiderseitigen Interesse gelegen und auf der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würde.

Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Januar abends 10 Uhr zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatte die russische Delegation zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer zu gehen zu lassen sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen. Als Grundlage hatte die russische Delegation gewisse Vorschläge allgemeinen Inhalts unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen, unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar, abends 10 Uhr, war diese Frist verstrichen. Eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Sache frei haben für die Sonderverhandlungen mit Rumänien und daß wir auch selbstverständlich an keine von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind.

Lloyd George und Wilson.

Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen, zwei Rundgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt: Die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson am Tage danach. Ich erlaube mir an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früheren noch als angezwungene Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Seitens.) Immerhin aber gebe ich nicht soweit, wie manche Stimmen aus dem neutralen Ausland, die aus der Rede Lloyd Georges einen ersten Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Stimmung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärte, er wolle Deutschland nicht vernichten und habe nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung über sich für unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Stellung. Aber dazwischen steht es doch auch nicht an anderen Versicherungen. Dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß es über das aller möglichen Verbrechen beschuldigte Deutschland Recht zu sprechen habe, eine Befreiung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir von einem ersten Willen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein, über die die Entente zu Gericht sitzt. Das ist

tigt mich, einen kurzen Rückblick auf die vor dem Kriege vor-
werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu
wiederholen. Die Aufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre
1871 hatte der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht. Durch den
Zusammenschluß jener Stämme hatte das Deutsche Reich in Eu-
ropa eine feste Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen
und kulturellen Leistungen und den darauf begründeten An-
sprüchen entsprach. (Bravo!) Kaiser Bismarck trübte sein Werk
durch das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn. Es war ein rein
defensives Bündnis, von dem hohen Verbindeten vom ersten
Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte
ist niemals auch nur der leiseste Gedanke zu aggressiven Zwecken
aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte
das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der eng verbün-
deten in aller Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns
verbündeten Donaumonarchie dienen.

Aber schon Kaiser Bismarck hatte, wie ihm oftmals vor-
geworfen wurde, den Abdruck der Realpolitik. Und die Ereignisse
der Jahrzehnte haben gezeigt, daß das keine bloßen schreckhaften
Traumbilder waren. Nachschauend hat die Gefahr feindlicher
Koalitionen, die den verbündeten Mittelmächten drohten, in
der Erscheinung. Durch die Entfesselungspolitik König Eduards
ward der Traum der Koalition Wirklichkeit. Dem englischen
Imperialismus stand das aufstrebende und erstarkende Deutsche
Reich im Wege. In französischer Revanchelust, im russischen
Erasmothentum fand dieser britische Imperialismus nur allzu
werte Hilfe. Und so bereiteten sich für uns gefährliche Zukunft-
pläne vor. Schon immer hatte die geographische Lage Deutsch-
lands die Gefahr eines Krieges auf zwei Fronten und nahe ge-
rächt. Jetzt wurde sie immer sichtbar. Zwischen Rußland und
Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilneh-
mer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn an Einwohner-
zahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republik-
nische Frankreich, ließ dem zaristischen Rußland Milliarden
zum Ausbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen, die
den Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische
Republik zog den letzten Mann zu dreijähriger Dienstzeit her-
an. So schuf Frankreich neben Rußland eine bis an die Grenze
seiner Weltmachtstellung gehende Währung. Beide verfolgten
dieselben Zwecke, die unsere Gegner jetzt als imperialistisch bezeich-
nen. Es wäre pflichtvergeßlich gewesen, wenn Deutschland dem-
selben Spiele ruhig zugehört hätte, wenn nicht aus uns eine
Rückung zu schaffen versucht hätten, die uns gegen die künftigen
Feinde zu schütten sollte. Meine Herren! Ich darf vielleicht
daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstages sehr
häufig über diese Dinge gesprochen habe und daß ich bei diesen
Rückansichten stets darauf hingewiesen habe, daß das
deutsche Volk wenn es diesen Währungs zukünftig, lediglich
eine Politik des Friedens treiben wollte, daß diese Währung uns
nur ausgenützt sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde dro-
hende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwem vom
Auslande beachtet worden wären. Und nun Elsch-Lothringen!
Elsch-Lothringen, von dem auch jetzt wieder Lloyd George
redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das
Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Elsch-
Lothringen — ich sage es nicht Ihnen. Sie bedürfen der Belehrung
nicht, aber im Auslande scheint man die Dinge immer
noch nicht zu kennen — Elsch-Lothringen umfost bekanntlich
den größten Teil rein deutsche Gebiete, die durch Jahrhunderte
festester Berggattungen und Reichsbrüche zum Deutschen
Reiche losgelöst wurden, bis endlich 1789 die französische Revo-
lution den letzten Rest verschlang. Damals wurden die fran-
zösische Provinzen. Als wir nun im Elstjährigen Krieg die uns
freiwillig entzogenen Landstriche zurückverlangten, war dies nicht
Eroberung fremden Gebietes, sondern recht eigentlich was man
heute Desannexion nennt, und diese Desannexion ist dann auch
von der französischen Nationalversammlung, der verfassungs-
mäßigen Vertretung des französischen Volkes in damaliger Zeit
am 29. März 1871 mit großer Stimmeneinheit ausdrücklich
anerkannt worden. Und auch in England, meine Herren, sprach
man damals ganz anders als heute. Ich kann mich auf einen
klassischen Jüngling berufen. Es ist kein anderer als der berühmte
englische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle, der in
einem Briefe an die „Times“, und zwar im Jahre 1870, folgen-
des schrieb: „Rein Volk hat einen so schlimmen Nachbarn, wie ihn
Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich be-
saß. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen
Grenzwahl zwischen sich und einem solchen Nachbarn zu errichten.“
Ich bemerke, daß ich die sehr harten Ausdrücke welche Car-
lyle in diesem Zusammenhang gegen Frankreich gebrauchte,
meinerseits jetzt nicht wiederholt habe — einen solchen Gren-
zwahl sich zu errichten, was es Gelegenheit dazu hat. Ich weiß
von seinem Naturgesetz und seinem Himmelsparlamentarismus
tröstet dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht
verflucht wird, einen Teil der geraubten Gebiete zurückzu-
erhalten, wenn die Eigentümer, denen sie entzogen, eine gün-
stige Gelegenheit haben, sie wieder zu erobern. Und in gleichem
Sinne sprachen angesehenen englischen Vorkämpfer — ich nenne
beispielsweise die „Daily News“ — das aus.

Wilson.

Ich komme nunmehr zu Wilson, meine Herren!
Nach hier erkenne ich an, daß er schon ein anderer gewor-
den ist. Es scheint, daß die damalige einmütige Zurückweisung
des Versuchs Wilsons in der Antwort auf die Vapinsnote, zwi-
schen der deutschen Regierung und dem deutschen Volke Zwi-
schung zu stiften, ihre Wirkung getan hat. Die einmütige Zu-
rückweisung könnte Wilson schon auf den rechten Weg leiten,
und der Anfang dazu ist vielleicht gemacht; denn jetzt ist wenig-
stens nicht mehr die Rede von der Unterdrückung des deutschen
Volkes durch eine autokratische Regierung und die früheren An-
griffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt wor-
den. Auf die künftigen Darlegungen der deutschen Politik, die sich
auch jetzt nach Wilsons Vorschlag finden, will ich hier nicht
eingehen, sondern im einzelnen die Punkte besprechen, die Wil-
son darlegt. Es sind nicht weniger als 14 Punkte, in denen er
sein Friedensprogramm formuliert, und ich bitte um Ihre Ge-
wuld, wenn ich diese 14 Punkte so kurz als möglich hier zum
Vortras bringe.

Der erste Punkt verlangt, es sollen keine geheimen inter-
nationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Meine Herren!
Die Geschichte lehrt, daß wir uns am besten mit einer welt-
gehenden Publizität der diplomatischen Abmachungen einver-
standen erklären können. Ich erinnere daran, daß unser De-
fensivbündnis mit Oesterreich-Ungarn seit dem Jahre 1888 aller
Welt bekannt war, während die Offenbarungen zwischen
den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges und zuletzt
durch die Enthüllungen der russischen Geheimdienste das
Licht der Öffentlichkeit erblickten. Auch die Verhandlungen in
Versailles vor aller Öffentlichkeit bemerken, daß wir durch-
aus bereit sein können, auf diesen Vorschlag einzugehen und
die Publizität der Verhandlungen als allgemeinen politischen
Grundlag zu erklären.

Im zweiten Punkt fordert Wilson Freiheit der Meere. Die
vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere im Krieg
und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und
wichtigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also
keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schluß
angelegte Einschränkung — ich brauche sie nicht wörtlich anzu-
führen, — ist nicht leicht verständlich. Im hohen Grade aber
wichtig wäre es für die Freiheit der Schifffahrt in Zukunft, wenn
auf die fast befestigten Flottenstützpunkte an wichtigen inter-
nationalen Verkehrsstraßen, wie sie England in Gibraltar,
Malta, Aden, Hongkong, auf den Falklandsinseln und an man-
chen anderen Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

Drittens: Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken.
Auch wir sind mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schranken,
die den Handel in überflüssiger Weise einengen, durchaus ein-
verstanden. Auch wir vertreiben einen Wirtschaftskrieg, der
verursächlich die Ursachen künftiger kriegerischer Verwickelun-
gen in sich tragen würde.

Viertens: Beschränkung der Rüstungen. Wie schon früher
von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschrän-
kung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher euro-
päischer Staaten nach dem Kriege dürfte eine beschränkende
Wirkung des wirtschaftlichen Vorworts leisten. (Sehr richtig!) Man
reicht also, meine Herren, über die vier ersten Programmpunkte
könnte man ohne Schwierigkeiten zu einer Verständigung ge-
langen.

Ich wende mich zum fünften Punkt: Schlichtung aller so-
zialen Konflikte und Streitigkeiten. Die praktische Durchfüh-
rung des von Wilson aufgestellten Grundgesetzes in der Welt der
Wirklichkeit wird einen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls
glaube ich, daß es zunächst dem großen Reichsreich England
überlassen bleiben kann, wie es sich mit dem Vorschlag seines
Verbündeten abfinden. Bei der andern auch von uns ge-
forderten Reorganisation der Weltkonferenz wird von diesem
Programmpunkt seiner Zeit die Rede sein.

Sechstens: Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die
Ententeallianz es ebezeichnet haben, innerhalb der von Rußland
und den vier verbündeten Mächten vereinbarten Frist sich den
Verhandlungen anzuschließen, muß ich namens der letzten eine
nachträgliche Einschränkung abgeben. Wir stehen hier vor Fra-
gen, die allein Rußland und die vier verbündeten Mächte an-
gehen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerken-
nung der Selbstbestimmung der völkischen Randvölker des ebe-
maligen russischen Kaiserreichs gelingen wird, zu einem guten
Verhältnis sowohl mit diesen als mit dem übrigen Rußland zu
gelangen, dem wir auf das Dringendste die Rückkehr geordneter,
die Ruhe und Wohlfahrt des Landes gewährender Zustände
wünschen.

Punkt sieben kommt auf die belastige Frage. Was die bel-
gische Frage betrifft, so ist von meinen Amtsvorgängern wieder-
holt erklärt worden, daß es zu keiner Zeit während des Krieges
die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen
Programmpunkt der deutschen Politik gebildet habe. Die bel-
gische Frage gehört zum Komplex der Fragen, deren Einzelhei-
ten durch die Friedensverhandlungen zu ordnen sein werden.

Solange sich unsere Gegner nicht rückhaltlos auf den Boden
stellen, daß die Integrität des Gebietes der Verbündeten die
einzige mögliche Grundlage von Friedensbesprechungen bieten
kann, muß ich an dem bisher stets eingenommenen Standpunkt
festhalten und ein Vorgehen der belgischen Angelegenheit
aus der Gesamtsituation ableiten.

Achtens: Freizügung des französischen Territoriums. Die
okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Grenzland in
unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltsame Angliederung
keinen Teil der deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen
Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland
und Frankreich zu vereinbaren. Ich kann nur nochmals be-
tonen, daß von einer Abtretung von Reichsgebiet nie und nimmer
die Rede sein kann. Das Reichsland, das sich seitdem im-
mer mehr fortentwickelt hat, von dem mehr als 87 Prozent die
deutsche Muttersprache sprechen, werden wir uns von dem Feinde
unter irgend welchen schändlichen Bedensarten nicht wieder abneh-
men lassen. (Bravo!)

9. 10. und 11: Italienische Grenzen, Nationalitätenfragen
der Donaumonarchie, Balkanstaaten. Was die von Wilson
unter 9. 10 und 11 behandelten Fragen betrifft, so berühren sie
sowohl in den italienischen Grenzfragen als in denen der künf-
tigen Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie und
den Fragen der Zukunft der Balkanstaaten Punkte, bei denen
zum größten Teil die politischen Interessen unseres Verbün-
deten Oesterreich-Ungarn überwiegen. Wo deutsche Interessen
im Spiele sind, werden wir sie aufs nachdrücklichste wahren, doch
müßte ich die Beantwortung der Wilsonschen Vorschläge in
diesen Punkten in erster Linie dem ausüblichen Minister der
österreichisch-ungarischen Monarchie überlassen. Die enge Ver-
bindung mit der verbündeten Donaumonarchie ist der Kern-
punkt unserer heutigen Politik und muß die Richtlinie für die
Zukunft sein. Die treue Waffenbrüderschaft, die sich im Kriege
so glänzend bewährt hat, muß auch im Frieden nachwirken, und
so werden wir auch unsererseits alles daran setzen, daß für
Oesterreich-Ungarn ein Friede zustande kommt, der den berech-
tigten Ansprüchen Rechnung trägt.

Zwölftens:

Türkei.

Ebenso möchte ich in dem unter Punkt 12 von Wilson
berührten Angelegenheiten, die unsere treuen tapferen und
mächtigen Bundesgenossen die Türkei betreffen, in keiner
Weise der Stellungnahme ihrer Staatsmänner vorgehen.
Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Haupt-
stadt, die mit der Meerengenfrage eng zusammenhängt, sind
wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reiches. Un-
ser Verbündeter kann hierbei stets auf unseren nachdrück-
lichsten Beistand rechnen.

Punkt 13 behandelt Polen. Nicht die Entente, die für
Polen nur inhaltslose Worte fand und vor dem Kriege nie
bei Rußland für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche
Reich und Oesterreich-Ungarn waren es, die Polen von dem
seiner nationalen Eigenart unterdrückenden zaristischen Regi-
ment befreiten. So möge man denn auch Deutschland,
Oesterreich-Ungarn und Polen es überlassen, sich über die
zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen. Wie die
Verhandlungen und Mittelungen des letzten Jahres be-
weisen, sind wir durchaus auf dem rechten Wege hierzu.
Der letzte Punkt behandelt den Verband der Völker. Was
diesen Punkt betrifft, so stehe ich, wie sich aus meiner bis-
herigen politischen Tätigkeit ergibt, jedem Gedanken kon-
kretionell gegenüber, der für die Zukunft die Möglichkeit und
Babrischenheit von Kriegen ausschließt und das fried-
liche und harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördert
will. Wenn der vom Präsidenten Wilson stammende Ge-
danke des Verbandes der Völker bei näherer Ausführung
und Prüfung ergibt, daß er wirklich im Geiste einer voll-
kommenen Gerechtigkeit gegen alle und einer vollkommenen
Vorrücklosigkeit gefaßt ist, so ist die kaiserliche Regierung
gern bereit, wenn alle anderen klandestinen Fragen geregelt
sein werden, einer Prüfung der Grundlagen eines solchen
Völkerbundes näher zu treten.

Meine Herren! Sie haben die Reden von Lloyd George
und die Vorschläge des Präsidenten Wilson kennen gelernt.
Ich muß wiederholen, was ich zu Anfang sagte: Wir müssen
uns nun fragen, ob aus diesen Reden und Vorschlägen uns
wirklich ein ersichtlicher, erhellender Friedenswille entgegentritt.
Sie enthalten gewiß Grundzüge für einen allgemeinen Wei-
frieden, denen auch wir zustimmen und die die Ausgangs-
- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten. Wo
aber konkrete Fragen zur Sprache kommen, Punkte, die für
uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung
sind, da ist ein Friedenswille weniger bemerkbar. Unsere
Gegner wollen Deutschland nicht „vernichten“, aber sie schie-
len begehrt nach Teilen unserer und unserer Verbündeten
Ränder. Sie sprechen mit Achtung von Deutschlands Stel-
lung, aber dazwischen drängt immer wieder die Auflösung
durch, als seien wir die Schuldigen, die Ruhe tun und Ber-
gerung geloben müßten.

So spricht immer noch der Sieger zu dem Besiegten,
so spricht der, der alle unsere früheren Reuerungen von
Friedensbereitschaft als bloße Zeichen der Schwäche
deutet. Von diesem Standpunkte, von dieser Täuschung sollen
sich die Führer der Entente zuerst losmachen. Um ihnen
dies zu erleichtern, möchte ich daran erinnern, wie denn die
wirkliche Lage ist. Mögen Sie sich gesagt sein lassen:

Unsere militärische Lage war niemals so günstig,
wie sie jetzt ist.

(Bravo!) Unsere genialen Seerührer sehen mit un-
minderter Siegesübersticht in die Zukunft. Durch die ganze
Armee, durch Offiziere und Mannschaften geht ungebrochene
Kampfesfreude. Ich erinnere an das Wort, das ich am
29. November im Hause sprach: Unsere wiederholt aufge-
sprochene Friedensbereitschaft, der Geist der Verbrüderung,
der aus unseren Vorschlägen spricht, der darf kein Freiheits-
für die Entente sein, den Krieg immer wieder zu verlängern.
Zwingen uns unsere Feinde hierzu, so haben sie die sich
daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen.

Wenn die Führer der feindlichen Mächte wirklich zum
Frieden geneigt sind, so mögen sie ihr Programm nochmals
revidieren oder, wie Lloyd George sagte, eine Rekonstruktion
eintreten lassen. Wenn sie das tun und mit neuen Vor-
schlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen;
denn unser Ziel ist kein anderes als die Wiederherstellung
eines dauernden allgemeinen Friedens. Aber dieser
dauernde allgemeine Friede ist solange nicht möglich, als die
Integrität des Deutschen Reiches, als die Sicherung unserer
Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht
gewahrt bleibt. Bis dahin heißt es ruhig zusammenstehen
und abwarten. Im Ziele, meine Herren, sind wir wohl alle
einig (lebhaft Bravo!), über die Methoden und Modalitäten
kann man verschiedener Meinung sein. Aber lassen wir jetzt
alle diese Meinungsverschiedenheiten zurücktreten. Streiten
wir nicht über Formeln, die bei dem rasenden Lauf der Welt-
begebenheiten immer zu kurz kommen und behalten wir über
trennende Parteieingefänge hinaus das eine gemeinsame Ziel
im Auge: das Wohl des Vaterlandes. Stehen wir zusam-
men, Regierung und Volk, und der Sieg wird unser sein.
Ein guier Friede wird und muß kommen. Das deutsche
Volk erträgt in bewundernswürdiger Weise die Leiden und
Lasten des nun in seinem vierten Jahr währenden Krieges.
Bei diesen Lasten und Leiden denke ich ganz besonders an die
Leiden der kleinen Handwerker und an die der gering be-
soldeten Beamten, aber alle Männer und Frauen wollen aus-
halten und durchhalten. In politischer Reife lassen sie sich
nicht von Schlagworten betören, wissen sie zu unterscheiden
zwischen den Realitäten des Lebens und glückverheißenden
Träumen. Ein solches Volk kann nicht untergehen. Gott
ist mit uns und wird ferner mit uns sein! (Lebhaft
Bravo!)

Graf Chernin

hat zu gleicher Zeit mit dem deutschen Reichskanzler in der österreichischen Delegation eine Rede gehalten, deren wichtigster Punkt lautet:

Ich lehne die Oeffentlichkeit niemals im Zweifel darüber, welchen Weg ich gehe. Ich liege nicht niemals auch nur um eines Haars Breite von diesem Wege abdrängen, weder nach rechts noch nach links. Ich werde seitdem der unbeschränkte Ablehnung der Alldeutschen und derjenigen in der Monarchie, die die Alldeutschen nachahmen. Ich werde gleichzeitig als Kriegsbürger von denen verfahren, die den Frieden um jeden Preis wollen, wie zahlreiche Briefe mir beweisen. Beides genierte mich niemals. Im Gegenteil, diese doppelten Schimpfereien sind meine einzige Erleichterung in dieser ersten Zeit. Ich erkläre hier nochmals, daß ich keinen Quadratmeter und keinen Streifen von Rußland verlange, und daß, wenn Rußland, wie dies scheint, sich auf den gleichen Standpunkt stellt, der Friede auszuhandeln muß. Diejenigen, die den Frieden um jeden Preis wollen, können Zweifel an meinen annerkennungsfähigen Absichten hegen, wenn ich ihnen nicht mit den gleichen rückhaltlosen Offenheit ins Gesicht lagen würde, daß ich mich niemals dazu begeben werde, einen Frieden zu schließen, der über den eben skizzierten Rahmen hinausgeht.

Die schonobdachten Redensarten, in denen sich der russische Graf über die Alldeutschen ergeht, zeigt mehr als irgend etwas anderes wie weit wir gekommen sind. Die Bundesstreue Deutschlands in Österreich-Ungarn, dessen „anexionistische“ Politik (Bosnien, Herzegowina) die unmittelbaren Ursachen des Weltkrieges gebracht hat, hat Österreich-Ungarn vor dem Untergang gestellt. Heute mag es ein österreichisch-ungarischer Staatsmann sich in deutsche Verhältnisse zu mischen und deutsche Anschauungen seiner unangenehmen Kritik zu unterziehen. Würde das ein deutscher Staatsmann tun?

Ein ehemaliger Sozialdemokrat in der Vaterlandspartei.

Am Sonntag, den 20. Januar, fand im „Goldenen Löwen“ zu Baybach eine Versammlung der Vaterlandspartei statt. Nachdem der Vorsitzende, Herr Direktor Dr. Kallbiller, die Erschienenen begrüßt hatte, erteilte er dem Redner des Tages, Herrn Stadtverordneten Krumm aus Gießen, das Wort zu seinem Vortrag. In klarer, überzeugender Weise führte der Redner die Betrachtungen, die Ziele der Vaterlandspartei vor. Wenn unsere erbitterten Gegner einen schändlichen Nachzug gegen uns unternommen haben, auf dem sie ihr Ziel uns zu vernichten, dann der Tapferkeit unserer herrlichen Heere nicht erreicht, dann sollen und müssen sie Deutschland wieder schatzlos halten. Wenn auch ein jeder Friede ein Verständigungsfrieden sei, so dürfte er jetzt kein Vergleichsriede sein, der uns verarmen lasse, der unsere Industrie und unsere Handel auf einen traurigen Standpunkt herabdrücke. Eine „Status quo“ sei einfach ein Ding der Unmöglichkeit, wenn Deutschland etwa ein Viertel bis ein Drittel seines Nationalvermögens epiren, wenn es jährlich anstatt 2 Milliarden das Häufchen zur Schuldentilgung aufbringen müsse. Der Einwurf, daß Deutschland von der Aussicht nach Mitteleuropa befreit könne, müsse mit dem Hinweis zurückgewiesen werden, daß die Ausfuhr nach den uns bekennenden Staaten nur ein Fünftel unserer Gesamtexporte ausgemacht habe. Wenn wir nicht an eine Annexion Belgiens denken, so sei doch eine Oberherrschschaft über mittlere und Handelsverträge geboten. Sollte Deutschlands Eisenindustrie in der Zukunft befehlen und viele tausende deutscher Industriearbeiter leben können, so müsse das nordfranzösische Eisenwerk unserer Vaterlande angeliebert werden. Das Bekenntnis eines kurländischen Betreters in Berlin, daß Rußland für den Fall, daß es von Deutschland im Stich gelassen würde, Anschlag und Schuß an England suchen müsse, dürfte uns einen Fingerzeig geben haben, was im Osten zu tun sei. Im Westen haben wir immer der Grundgedanke geachtet: „Wer die Macht hat, hat das Recht.“ Derum sei das Wort von der „Allgemeinen Verständigung“ unter den Völkern eine Phrase, denn hinter den vertrauensvollen Völkern müsse doch eine internationale Instanz stehen, die die Macht befehle, ihren Willen durchzusetzen. Schon lange vor dem Kriege haben Frankreich und England es als ihre Aufgabe angesehen, zu verhindern, daß wir zu mächtig werden und immer wieder betont, man müsse gegen Deutschland vorgehen. — Vor allen Dingen müßten wir an uns selbst, an die letzte gesunde Weiterentwicklung unseres geliebten deutschen Vaterlandes denken und uns keine Sorgen um das Weitergehen unserer Genossen machen. America hätte den Krieg bald zu Ende bringen können, wenn dies in seiner Wildheit gesehen hätte, aber das anglo-amerikanische Trustwesen, das internationale Börsenwesen haben ja nur auf Deutschlands Verderben hinarbeiten lassen. Der Rückende dankte dem geschätzten Redner und auch der Schriftführer Hauptlehrer Storch sprach Herrn Krumm seine warme Anerkennung aus. Der marische Gesandte „Deutschland, Deutschland über Alles“ beschloß die Versammlung.

Von der „Freiheit“, die sie meinen!

Die schmuckvollen Vorgänge in den demokratischen Hochburgen Mannheim und Frankfurt sowie in Jena finden ihre Fortsetzung. Der aufgeschwungene Wöbel will mit Gewalt eine Freie geben von den Zuständen, die eintreten, wenn die Massen am Ruder sind. Am 21. Januar ist in Leipzig eine Versammlung der Vaterlandspartei von den roten Genossen durch wüsten Reden vereitelt worden, trotzdem eine vorgenommene Abstimmung ergeben, daß zwei Drittel der Versammelten Anhänger der Vaterlandspartei waren. Am Sonntag sollte in Stuttgart eine Vaterlandspartei-Versammlung stattfinden. In der Tat war es ein Vorgehen der Wöbelerei, den die Versammlung erhalten hat. Schon um 10 Uhr, eine Stunde vor Beginn, war ein gutes Drittel des Saales von Leuten be-

setzt, die augenscheinlich nicht zu den allein eingeladenen „Mitgliedern und Freunden“ der Vaterlandspartei gehörten. Anständig ging es mit leblicher Ruhe zu und der Redner konnte seine Ausführungen beginnen. Bald aber hörte man Rufe wie die: „Wir müßten uns ja vor Mannheim hängen, wenn wir es nicht auch fertig brähten.“ Der Redner selbst gab mit seinen ruhigen und sachlichen Darlegungen den Aufseheren kein Stichwort. Als er aber das anstehende Auftreten des russischen Unterhändlers Trostig geschrien kennzeichnete und das entsetzte Eingreifen des Generals Hoffmann rühmend erwähnte, rief er: „Ach Trostig! Von da an steigerte sich immer mehr die Unterbrechung und ununterbrochen abfällige Stimmung. Die Mahnungen des Vorsitzenden zur Selbstbeherrschung, seine Hinweise auf das Hausrecht und die Folgen des Hausfriedensbruchs vermochten nicht mehr durchzubringen. Es blieb nichts anderes übrig, als die Versammlung zu schließen. Das sind bedauerliche Zustände, so geht es nicht weiter, wir dürfen das feige Deutsche nicht in ein russisches Chaos gleiten lassen. Die Unkostenlast Hoffmann-Erbeherber-Scheidemann schickt allzu üppig in die Höhe und die deutsche Regierung hat die Pflicht, mit harter Hand zu greifen, wenn sie überhaupt eine Ernte der ungeheuren Wertschöpfungen dieser drei Kriegsjahre in den Schreinen zu bergen hoffen darf.“

Bekehrung des Aufwands.

Von jeher hat man die Bekehrung des Aufwands oder richtiger gesagt des übermäßigen Aufwands als eine — in neuerer Zeit auch aus sozialpolitischen Gründen — sehr erwünschte Maßnahme betrachtet. Mehrfach sind Anträge zur Einführung von Luxussteuern gemacht worden, aber man hat sich bisher meist nur an Steuerbefreiung der jeweils als Luxus angesehen wurden, gehalten und daher Steuern auf alle möglichen Luxus-Erzeugnisse empfohlen, von denen keineswegs immer feststand, daß es sich in jedem Falle auch immer um wirtlichen Luxus handelte. Neuerdings jedoch ist man von dem Begriff „Luxus“ in steuerlicher Hinsicht fast abgekommen und hat dafür den Begriff des „Aufwands“, d. h. also des übermäßigen Aufwandes in die Steuertheorie eingefügt. Nach dem Kriege wird es nach Ansicht aller maßgebenden Kreise, gleichgültig ob wir eine Kriegsentfaltung erhalten oder nicht, zu einer stärkeren steuerlichen Anspannung nicht bloß im Reich, sondern auch im Staate und möglicherweise auch in manchen Gemeinden kommen. Wenn dann also nach reichlicher fließender Steuerobjekten Ausschau gehalten wird und dabei die Frage der Besteuerung des Aufwandes von neuem zur Förderung gelangt, so denkt man wohl nicht wie früher daran, der Verschwendung und dem Luxus Schranken zu setzen, sondern will aus dieser menschlichen Schwäche ebenso wie z. B. aus der Hoffnung auf Totalerlöse (Beziehungen der Spielfucht) steuerlichen Nutzen ziehen. In einem Artikel über die Besteuerung des Aufwandes im roten „Tag“ beschäftigt sich Richard Nordhausen auch mit der Besteuerung des Aufwandes. Er kommt dabei zu dem Schluß: „Der sein gesamtes Jahreseinkommen verbraucht, oft sogar für sich allein verbraucht, muß schon um der Gerechtigkeit willen sehr angefaßt werden als der Gleichgültige, der eine Familie ernährt oder einen Teil des Erwerbsen spart.“

Mit diesem dem Spott weis Nordhausen auf die Verteuerung des Lebens durch den Zoll von 1,50 Mark für das Alkoholum, Wein, Pilsener und Strohweinwaren waren beinahe steuerfrei, für echte Bonaparte wurde ein Zoll von 10 Pf. das Stück erhoben. So ließe sich das Register noch fortsetzen. In dieser Beziehung verweisen wir auf die schon häufig erwähnte Schrift „Kriegslohn und volkswirtschaftliche Steuerreform“ von Regierungsrat A. Kohnke und C. Joos (Verlag Frankfurter Vereinsdruckerei G. m. b. H.). Dort wird eine Veredelung der Verbrauchsabgaben das Wort geredet. Es wird dabei, was namentlich unsere Sozialdemokratie sich merken sollte, darauf hingewiesen, daß unter den „herrlichen“ Einrichtungen im demokratischen Auslande die indirekten Steuererlöse die Hauptrolle spielen: „Gerade alle Demokratien machen die indirekten Steuern zur hauptsächlichsten Quelle ihrer Einnahme.“ Es wird in dieser Beziehung auch ganz besonders Frankreich angeführt, was namentlich bei unseren Jällen auffällt, in, daß hier der ausschlaggebende, der soziale Bedenke gar nicht zum Ausdruck kommt. Sowie bei den Jällen wie bei den indirekten Steuern liegt sich aber nach Ansicht der Verfasser diesem Gedanken mehr Rechnung tragen, wenn man befreit wäre, mit der Belastung den entbehrlichen Lebensgenuss zu treffen.

In dieser Beziehung wird dann ausgeführt. In den letzten Jahren hat sich der Verbrauch (Luxus, Prunkhaft, raffinierte Lebensweise, Schlemmerei) — nicht gerade zur Erleichterung des deutschen Volkes — in einem Maße entwickelt, daß wir hier eine fast neue ergiebige Steuerquelle finden können. „Wer es fertig haben will, soll es sich auch leisten lassen“, sagt ein spanisches Sprichwort. Je größer die Ansprüche jemand an den Lebensgenuss stellt, desto mehr mag er auch im Gesamterlöse zahlen. Die Preissteigerungen, die eine Genussteuerung im weitesten Sinne im Geiste haben würden, werden nicht ins Gewicht fallen. Die reichen Leute kümmern sich, wenn es sich um die Befriedigung ihrer Genusssucht handelt, im allgemeinen wenig um den Preis. Das haben wir erst jetzt im Weltkrieg mit seiner ungeheuerlichen Verteuerung aller Waren beobachten können. Dem Händler werden gewöhnlich alle Preiszuschläge ohne weitere Umstände gezahlt, obwohl diese Zuschläge doch ganz andere Höhen erreichen, als etwaige Steuern darauf, seien sie auch noch so hoch gekürzt. Es braucht nur auf die teuren Fische, Perleperiphe, Pilsener, Schmal usw. hingewiesen werden. Weiter wird als Beispiel angeführt, daß man im Hause die Flasche seit früher für 5 Mark kauft, während man im Weinloft die gleiche Sorte mit 8 bis 10 Mark bezahlen mußte, in einer Bar oder in einem ähnlichen nützlichen Schlemmerloft sogar mit 15 bis 20 Mark. In allen drei Fällen beträgt aber die Schaumweinsteuer nur 1 Mark. Wer jedoch den Weinen 5 bis 15 Mark Zuschläge zahlt, sollte der nicht auch je nach dem Verkaufspreise der Flasche einen höheren entsprechenden Zuschlag von 3, 5 oder 10 Mark zahlen können und wollen? Diese Abkürzung nach dem Verkaufspreise würde

wenig die breite Masse treffen, sondern die genussüchtigen Gesellschaftsklassen. So mag ein fröhliches Gespännter führt trotz Leistung des Offenbarungseides das schönste Leben, ohne die geringsten direkten Steuern zu zahlen. Die Steuererläuterungen so mancher Leute, die eine recht aufwändige Lebensführung sich leisten, stehen in großem Widerspruch zu ihrer Leistungsfähigkeit. Man treffe diese also steuerlich kräftig bei ihrem Genus.

Welche Mittel den Kriegsgewinnlern zur Verfügung stehen, das geht aus einer Anzeige hervor, die wir in der „Frankfurter Zeitung“ (1917 Nr. 324, 2. Bl.) fanden, sie lautet:

Großbürger, vornehmer Israel. Großkaufmann erster Familie, Weltmann, schlanke Figur, 32 Jahre, hohes Einkommen und Vermögen, wünscht Dame, 22-26 Jahre alt, aus besserer israel. Familie, geeignet, einen vornehmen Haushalt zu repräsentieren und leiten, eleganten Erscheinung, fein gebildet, musk., hervorragend. Äußere. Mächtig nicht unter 500 000 Mark. — Für den Haushalt werden 40 000 Mk. jeht jährlich bewilligt usw.

Man denkt: 40 000 Mark nur für den Haushalt, ohne allem was sonst drum und dran hängt, Kleidung, Wäsche, Sommeraufenthalt usw. Warum übrigens der Großkaufmann seine Anzeige gerade der „Frankfurter Zeitung“ zugesandt hat? Er wird wissen warum!

Solche Leute können bezahlen. Man belege also nicht die Genusgenussmenschen schlecht mit einer gleichmäßigen Steuer, sondern laufe die Steuern nach dem Verkaufspreise ab (wie z. B. bei den Zigaretten). Vor allem aber lege man auf alle Luxus-Einkaufsstück einen hohen Finanzzoll. Wenn man auf Beispiel sieht, daß im Jahre 1912 Straußen- und Reiherfedern, die im Werte von 14,8 Millionen Mark eingeführt wurden, nur 140 000 Mk. Zoll erbrachten, und die Kasse zu Leipzig bei einem Einfuhrwerte von 70 Millionen gar nur 111 000 Mark, so wird man wohl zugeben müssen, daß hier in der Tat steuerliche Einnahmequellen vorhanden sind, die noch recht ergiebig ausgeschöpft werden könnten (wobei wie auch die Wiederausfuhr berücksichtigt). Soll doch der Kleinhandelspreis des eingeführten Pelzwerkzeuges auf wenigstens 150 Millionen Mark, der der Straußen- und Reiherfedern auf wenigstens 40 Millionen Mark zu schlagen sein.

Es zeigt sich hier also, wie außerordentlich geringfügig die Einnahmen des Reiches aus den Luxuswaren sind und wie leicht man höhere erzielen könnte. Bei einem stärkeren Zusschlag würde der Fiskus hier recht erheblich werden. Es ist die denkbar einfachste Erhebung dieser indirekten Belastung der Luxuswaren möglich, sobald sie aus dem Auslande kommen. Soweit es sich um inländische Erzeugnisse handelt, dürfen sich dann wohl ebenfalls Wege finden, sie steuerlich leicht zu erfassen. Wichtig ist jedenfalls, daß diesem Steuer- und Zollgebanken von der Regierung ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, ganz gleich ob wir Kriegsentfaltung erhalten oder nicht.

Merkt man was?!

Die Stadtverordneten-Versammlung in Mannheim hat in namentlicher Abstimmung mit geringer Mehrheit die Einführung einer Luxussteuer beschlossen. Dagegen stimmten geschlossen die Sozialdemokraten und ein Teil der „Fortschrittler“. Auf dem Lande wäre eine solche Steuer überflüssig, denn da gibt es während des Krieges keine Luxusartikel. In den Industriestädten, wie in „Mannem“, dem Schauplatz der geprengten Vaterlandsparteiversammlung, derweilen die Noten eine kleine Abgabe, wenn die Scharen der Jugendlichen beiden Geschlechts, die eben die hohen Kriegsalagen einstreichen, ein paar Pfennig Abgabe bezahlen sollen, wenn sie in die Vergnügungsorten, die dort wie in allen Großstädten in floribus stehen, laufen! Auch ein Zeichen der Zeit.

Aus der Heimat.

Einkaufsdiebstahl. Vergangene Nacht gegen 2 Uhr bemerkte eine Schutzmanspatrouille auf ihrem Wege durch die Bonaventurstraße in einem Keller des Hauses Ludwigsstraße Nr. 33. Die Patrouille, welche sofort Diebstahl vermutete, näherte sich der Kellerfensteröffnung und fand, daß diese vollständig geöffnet war. Der Polizeihund des Hilfskommandos Reckert suchte die Vorgärten an dem Hause ab und erwiderte in der Nähe des geöffneten Kellerlochs den 16. Jahre alten Schneidwerkzeug Wilhelm Göbber von hier mit einem Paket, in das er 6 Flaschen Wein eingepackt hatte. Die sofortigen Feststellungen am Tatort ergaben, daß der Genannte den Wein aus einem Weinloft im Keller des in demselben Hause wohnenden Professors Rodenhäuser gestohlen hatte. Bei dem jugendlichen Dieb fand man Licht und Einbruchswerkzeuge, die darauf schließen lassen, daß er sich, wenn er nicht überfallen worden wäre, mit dem Diebstahl des Weins nicht allein begnügt hätte.

Arbeitsmarktläufer des Kreisarbeitsamtes u. d. Hilfsdienststelle Friedberg.

Offene Stellen:

1. Kirchhofstraße, 6. Schreiner, 1. Unterbeamter, 1. Wäcker, 1. Bediener, (Kriegsbeschädigter) 14 Dienstmädchen, 6 Hausmädchen. Für 1 Tag: 100 Pfennig, mehrere Frauen in der Sterngasse in Mannheim einbringen.

Stellensuchende:

Mehrere Kellnerfamilien und ledige Kellner, 1. Frau für 100.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Girschel, Friedberg; für den Angelegenheit: A. Seyner, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, A. G. Friedberg i. S.

Die Abgabe getragener Kleidung erleichtert den Erwerb eines Bezugscheines.

